

Wahlprüfstein LTW 2023 der VÖL Hessen

Abkürzungen

LTW 2023 LINKE: = [Landtagswahlprogramm 2023 DIE LINKE](#)

BTW 2021 LINKE: = [Bundestagswahlprogramm 2021 DIE LINKE](#)

1. Bitte führen Sie aus, welchen Stellenwert der Ökolandbau für Ihre Partei hat und welches Ökolandbau-Flächenziel sich Ihre Partei für 2025 bzw. 2030 steckt?

„Wir wollen für alle Menschen eine gute Ernährung sichern und die Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.“ [BTW 2021: S. 12] Der Ökolandbau schützt und fördert ökologische Leistungen wie CO₂-Bindung, Luftreinhaltung, Grundwasserneubildung, Hochwasserschutz oder Biodiversität. Als Gesellschaft sind wir auf den Erhalt dieser Leistungen existenziell angewiesen. Deshalb muss die Gesellschaft auch bereit sein den Schutz dieser Leistungen durch den Ökolandbau, z.B. durch öffentliche Subventionen, differenzierte Mehrwertsteuersätze oder geförderte Absatzmärkte, zu honorieren. Weil die hochintensive Landwirtschaft bei der Produktion von Lebensmitteln entscheiden mehr Umweltschäden und damit auch von der Gesellschaft zu tragenden Kosten verursacht, ist die Subvention des arbeitsintensiveren Ökolandbaus bzw. eine stärkere Kostenbelastung von konventionell erzeugten Produkten (Kostenwahrheit), mehr als gerechtfertigt. In der Klimakrise kann dieser Schritt sogar existenziell sein.

„Bis 2030 soll der Anteil des Ökolandbaus 30 % betragen.“ [LTW 2023 LINKE: S. 45] Um den Fortschritt im Auge zu behalten „wollen wir jährliche Zwischenziele festlegen.“ [ebd.] Dabei ist uns wichtig, dass „Die gesamte Nahrungsmittelproduktion [...] klimaschonender werden [muss]. Nicht nur der Ökolandbau, auch die konventionelle Landwirtschaft muss ihre Anbaumethoden schneller an den Klimawandel anpassen“ und ökologischer werden. [ebd. 44 f.]

2. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten möchte und welche Anreize Sie konkret setzen wird, damit das unter 1. benannte Flächenziel erreicht werden kann?

Die bessere Vermarktung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln ist nicht der einzige Treiber für die Vermehrung der Fläche, auf der Ökolandbau betrieben wird. Wie unter 1. bereits geschrieben, muss die Gesellschaft den Erhalt der ökologischen Leistungen durch den Ökolandbau auch wertschätzen, bzw. muss für den konventionellen Landbau eine Kostenwahrheit hergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir

- den Schutz von Ackerböden: „Gute und sehr gute Ackerböden wollen wir in Gemeineigentum überführen, um sie besser vor dem Kauf durch (Agro-)Konzerne und Spekulanten sowie der Versiegelung durch Straßen oder Gewerbegebiete schützen zu können. Diese Flächen sollen von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) aufgekauft und ausschließlich an Landwirt*innen vergeben werden, die sich für eine umweltschonende und die ökologischen Leistungen der Böden erhaltende Landwirtschaft verpflichten.“ [LTW 2023 LINKE: S. 48]
- die gezielte Förderung bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt von Agrarkonzerne. Genossenschaftliche Landwirtschaft,

Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen;

- differenzierte Mehrwertsteuersätze für Lebensmittel je nach ihrem ökologischen Fußabdruck. Z.B. sollte Getreide und Gemüse aus dem regionalen Ökolandbau von der Mehrwertsteuer befreit sein, Fleisch aus konventioneller Massentierhaltung aus dem Ausland hingegen den höchsten Mehrwertsteuersatz haben;
- die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters, welches die Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik offenlegt;
- durch eine Reform der EU-Agrarpolitik (GAP). Direktzahlungen müssen an ökologische und soziale Leitungen sowie Tierschutz gebunden werden. „Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell. Es darf nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben.“ [BTW 2021: S. 73]
- durch eine flächengebunden und auf die einheimische Nachfrage bezogen Tierhaltung. Für Regionen und Standorte führen wir Bestandsobergrenzen ein. Megaställe lehnen wir ab. Wir stärken die Bürgerbeteiligung bei Genehmigungsverfahren für den Bau von Mastställen. Den Umbau zu einer gesellschaftlich akzeptierten und klimagerechten Tierhaltung leiten wir ein. Dabei muss eine sozial faire Finanzierung gesichert werden. Die bisher profitierenden Konzerne beteiligen wir angemessen an den Umbaukosten.“ [BTW 2021: S. 73]

3. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Absatz von hessischen Biolebensmitteln im Land fördern will. Welche Maßnahmen planen Sie, um insbesondere den regionalen Absatz von Biolebensmitteln zu stärken?

Vier große Einzelhandelskonzerne bestimmen 85 Prozent des Lebensmittelverkaufs in Deutschland und machen große Profite, während viele Landwirt*innen kaum über die Runden kommen. Mit höheren Erzeugerpreisen wollen wir die Abhängigkeit der Landwirtschaftsbetriebe von Fördermitteln reduzieren und über eine gerechte Gewinnverteilung in der Wertschöpfungskette sichern, dass Lebensmittel bezahlbar bleiben. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Dazu heißt es in unserem Wahlprogramm: „Wochenmarkt statt Weltmarkt: Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte werden wir fördern, z.B. durch Kita- und Schulesen aus regionalem und Bio-Anbau. Regionale Molkereien, Getreidemühlen und Schlachthöfe müssen unterstützt werden.“ [LTW 2023 LINKE: S. 44] S. auch „differenzierte Mehrwertsteuersätze für Lebensmittel“ unter 1.

Wir brauchen eine Regionalquote:

Alle öffentlichen Kantinen, Mensen, Schulküchen usw. müssen darauf verpflichtet werden, einen möglichst hohen Teil regional und ökologische erzeugte Lebensmitteln zu verwenden. Das ist mit Verweisen auf die Klimakrise sowie ökologische und gemeinwohlorientierte Vorteile über eine Verordnung zu regeln. „Wir wollen bundesweit eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung einführen, die auf regionale und ökologisch nachhaltige Lebensmittel setzt.“ [BTW 2021: S. 73] Für private Kantinen sowie Lebensmittelversorger müssen finanzielle Anreize für den Einsatz regional erzeugter Biolebensmittel geschaffen werden. Für den Klimaschutz muss darüber hinaus der Konsum von Tierischen Lebensmitteln in der Schulverpflegung in den Kantinen vermindert werden.

Die Förderung von Dorfläden soll auch von dem Angebot regional und ökologische erzeugte Lebensmittel anhängig gemacht werden, regionale „Nachhaltigkeits- und/oder Ernährungsräte“ sollen aufgebaut werden. [LTW 2023 LINKE: S. 79]

4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die regionalen Wertschöpfungsketten in Hessen zu stärken? (Beispiele zum Thema „Stärkung des regionalen Handwerks im Bereich der Lebensmittelverarbeitung“ sind erwünscht)

Durch die Größe lokal organisierter Handwerksbetriebe und dem damit verbundenen Skalennachteil, unterliegen diese oft im Wettbewerb. Dieser Nachteil kann auch hier durch die Förderung genossenschaftlicher Zusammenschlüsse abgemildert werden. Auch für lebensmittelverarbeitende Betriebe kann für öffentliche Ausschreibungen eine Regionalquote festgelegt werden.

Über die unter Frage Nr. 2 genannten Maßnahmen hinaus, wollen wir ein effektives, gemeinwohlorientiertes Kartellrecht, welches die Konzernmacht beschränkt;

5. Welche Rolle soll den Ökomodellregionen zukünftig zukommen? Wird eine Evaluation der bisherigen Tätigkeit der Ökomodellregionen stattfinden?

Das bisherige Konzept und die Umsetzung der Ökomodellregionen durch die Landesregierung muss evaluiert werden. Hauptkritikpunkte sind:

- Für die Ausweitung der Ökomodellregionen im Rahmen des Ökoaktionsplans auf ganz Hessen nur Finanzmittel von 18 Mio. Euro bis 2025 bereitgestellt werden sollen;
- Das Projekt Ökomodellregion fördert vor allem regionale Wertschöpfungsketten, verhindert aber nicht die Zerstörung der für die Ökolandwirtschaft wichtigen Produktionsmittel. Gute Ackerböden werden weiterhin versiegelt, unser Grundwassers zu wenig geschützt. An das Labeling Ökomodellregion muss zukünftige die Umsetzung ökologischer Maßnahmen, wie z.B. die Verringerung der Flächenversiegelung, mehr Wasserrückhaltung (Schwammlandschaft) oder besondere Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, gebunden werden.
- Die Orientierung am Tierwohl hat zu wenig Stellenwert und die Umsetzung des Tierschutzes erfolgt viel zu zögerlich. Z.B. haben in Sachsen-Anhalt rund siebenzig Prozent der Betriebe den Schweinen angemessene Lebensbedingungen geschaffen, in Hessen sind die Übergangszeiten zur Abschaffung der Kastenhaltung viel zu lang.

6. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der hessischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

Die Politik der schwarzgrünen Landesregierung zeichnet sich vielfach durch simulierte Beteiligungsprozesse aus. Wir wollen die Position der Verbände des Ökologischen Landbaus an Initiativen wie z.B. der Runder Tisch Landwirtschaft, aber auch regionalen an Wirtschaftsverbänden bis hin zur IHK stärken. Nicht die Interessensvertretungen, die die größte Wirtschaftskraft hinter sich vereint soll am meisten gehört werden, sondern diejenigen die sich auf eine ökologischere Landwirtschaft mit mehr Tierwohl und gemeinwohlorientierten Leistungen verpflichten.

Aufgrund ihrer großen Bedeutung (s. 1.) sollen Verbände des Ökologischen Landbaus Mitglied im Klimabeirat sowie dem zu gründenden Transformationsbeirat werden.

Als Gegengewicht zur Agrarforschung durch in Konzernen wollen wir die öffentliche Forschung stärken. Verbände des ökologischen Landbaus sollen bei der Forschungsförderung angehört werden und ein Vorschlagsrecht haben.

7. Welche Weiterbildungsmöglichkeiten planen Sie für Lehrkräfte an Grund- und weiterführenden Schulen zum Thema „Agrarökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln“?

Um zu einem umweltverträglichen Lebensstil zu kommen, muss der gesamte Themenkomplex „Nachhaltigkeit“ mehr Raum in der schulischen Bildung, der Aus- und Weiterbildung sowie der Forschung erhalten.

Dies muss fächerübergreifend geschehen. Nachhaltigkeit ist in jedem grundschulfach gut zu verankern und auch praktisch zu veranschaulichen. Entsprechende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen Lehrkräften angeboten werden, ebenso muss Nachhaltigkeit schon in der Lehrerbildung verankert sein.

Wir möchten zudem eine*n Nachhaltigkeitsbeauftragte*n an jeder Schule etablieren.

8. Wird sich Ihre Partei für eine stärkere ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung in den hessischen Berufs- und Fachschulen einsetzen?

Ja. Sie auch Antwort auf Frage Nr. 6 zur Forschungsförderung.

9. Die Weidehaltung ist eine zentrale Säule der artgerechten Haltung von Rindern, Schafen und Ziegen im Öko-Landbau. Seit einigen Jahren erschwert das Aufkommen von Wölfen diese Haltungsform für hessische Bäuer*innen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um Weidetierhalter*innen zu unterstützen?

Der Verlust von Weidetieren durch Wölfe muss vollständig ausgeglichen werden, Schutzeinrichtungen und Herdenschutzhunde durch das Land finanziert werden.

Laut der in der Hessische Tierseuchenkasse abgerechneten Zahlen an Falltieren (s. unsere parlamentarischen Initiativen zu „Tierverluste in der Weidetierhaltung“, 07.03.2018, Drs. 19/6136 und 24.04.2022, Drs. 20/7983), kann als sicher angenommen werden, dass der größte ‚Feind‘ der Weidetier das Auto und schlechte Haltungsbedingungen sind. Bei rund 15.000 „üblicherweise“ toten Schafen pro Jahr auf der Weide (Drs. 19/6136) sind es, selbst, wenn wir in einigen Jahren möglicherweise mehrere Hundert gerissene Schafe haben, nicht die Wölfe, die eine wirtschaftliche Bedrohung für Schäfer darstellen.

10. Wie steht Ihre Partei zum Thema „Gentechnik“? Welche Regelungen sollten insbesondere für die neuen Gentechniken (z.B. CRISPR/Cas) gelten?

„Gentechnikfreie klassische und ökologische Züchtung wollen wir mit höheren Forschungsmitteln stärken.“ Alte Pflanzensorten und Tierrassen sollen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. So schützen wir auch die genetische Vielfalt. „Patente auf Leben wollen wir verbieten.“ [LTW 2023 LINKE: S. 44].

Die derzeit auf EU-Ebene von der Agrarlobby angestrebte Deregulierung bei der Zulassung von Gentechnik-Verfahren wie CRISPR/Cas, lehnen wir strikt ab. Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) birgt hohe Risiken. Würde diese Deregulierung durchgesetzt, gäbe es keine Möglichkeit mehr den Verbleib von GVOs

auf den Äckern und Weiden nachzuvollziehen. Eine gentechnikfreie Ökolandwirtschaft würde unmöglich.

Die Versprechen der Gentechnikenthusiasten aus den 1980er u. 90er Jahren – den Hunger auf dieser Welt zu besiegen, Pflanzen besser an Trockenheit etc. anzupassen und den Pestizideinsatz zu verringern – haben sich nicht erfüllt. Das Menschen auf dieser Welt hungern, war und ist primär ein Verteilungsproblem. Die gentechnischen Methoden – auch die neuen molekulargenetischen Züchtungsverfahren – sind für eine gezielte Veränderung von Pflanzeigenschaften viel zu grob. Der Einsatz von Pestiziden in Ländern in denen pestizidresistenten Pflanzen angebaut werden, ist deutlich gestiegen. In einigen Fällen ist die Pestizidresistenz auf Wildpflanzen übergegangen, wodurch der Nutzpflanzenschutz sogar erschwert wird. Die Umweltzerstörung sowie die Abhängigkeit von und Ausbeutung der bäuerlichen Landwirtschaft durch die Agrarmultis ist mit der Agrogentechnik nur größer geworden. Wir glauben den neuerlichen Versprechungen der Konzerne und Agrarlobbyisten nicht.

11. Wird Ihre Partei das ökologische Versuchswesen und das Beratungsteam „Ökologischer Landbau“ des LLH unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Flächenziele weiter stärken?

Ja.

12. Plant Ihre Partei die Einführung einer Existenzgründungsprämie für Landwirt*innen in Hessen? Gibt es weitere Vorhaben Ihrer Partei, um auch den Generationenwechsel auf den Betrieben zu unterstützen?

Junglandwirt*innen und genossenschaftliche Konzepte wollen wir fördern. Das wollen wir mit einer umfassenden Reform der ordnungs-, steuer-, förder- und preisrechtlichen Regelungen zum Boden angehen. Weil das Höfesterben in Hessen im Fokus unserer Überlegungen stand, haben wir über eine Existenzgründungsprämie bis dato noch nicht diskutiert. Dies ist sicher ein weiterer Baustein zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Aus unserem Landtagswahlprogramm: „Das Höfesterben wollen wir beenden und die soziale Situation der Landwirt*innen verbessern, z.B. durch eine angemessene Alterssicherung und die Einbindung in die gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der großen Agrarkonzerne geschützt werden. Die massive Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in Nordhessen unter schwarz-grün wollen wir beenden.“ [LTW 2023 LINKE: S. 44]

13. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um den Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr in Hessen zu senken? Welche Ziele setzt sich Ihre Partei diesbezüglich bis 2025 bzw. 2030?

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir hat das Nachhaltigkeitsziel, die Flächenneuanspruchnahme ab 2020 auf 2,5 Hektar pro Tag zu begrenzen, aufgegeben. Unter grüner Führung verschwinden in Hessen jährlich viele hundert Hektar beste Ackerböden unter Logistik- und Verkehrsflächen. In unserem Landtagswahlprogramm heißt es dazu:

„Flächenverbrauch verringern: Ziel muss eine Netto-Null-Versiegelung bis 2030 sein, d.h. neue Flächen können nur dann versiegelt werden, wenn andernorts eine mindestens gleich große Fläche entsiegelt wird. Kommunen und Kreise müssen die Instrumente, mit denen ein solcher Umgang mit Flächen durch- und umgesetzt und dann auch kontrolliert

werden kann, erst aufbauen. Flächen mit Böden, die eine hohe Klimaschutzfunktion haben, wie z.B. gute und sehr gute Ackerböden sollen gar nicht mehr bebaut werden. Um das sicherzustellen, werden wir Kataster für Freiflächen, für zu entsiegelnde und für leerstehende Flächen aufbauen. [...]

Ackerboden schützen: Gute und sehr gute Ackerböden wollen wir in Gemeineigentum überführen, um sie besser vor dem Kauf durch (Agro-)Konzerne und Spekulanten sowie der Versiegelung durch Straßen oder Gewerbegebiete schützen zu können. Diese Flächen sollen von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) aufgekauft und ausschließlich an Landwirt*innen vergeben werden, die sich für eine umweltschonende und die ökologischen Leistungen der Böden erhaltende Landwirtschaft verpflichten.“ [LTW 2023 LINKE: S. 48]

14. Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Gemeinwohlkriterien bei der Verpachtung landeseigener Flächen einsetzen?

Ja. DIE LINKE steht für eine vollständig am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. S. den Top „Schutz von Ackerböden“ in der Antwort zu Frage Nr. 2.